
Am 23. März 2019 schloss mit Italien der erste G7-Staat und ein EU-Gründungsmitglied einen Vertrag über die Teilnahme an Chinas milliardenschwerem Infrastrukturprojekt Belt and Road Initiative (BRI) – ein Erfolg für Pekings Machtambitionen, während es der EU abermals nicht gelang, gegenüber der Volksrepublik mit einer Stimme zu sprechen.

EREIGNIS IN ZAHLEN

Italien schließt sich der BRI an

Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte unterzeichnete mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping insgesamt **29** Vereinbarungen, davon **10** verbindliche Wirtschaftsabkommen. Die neue Kooperation mit einem Volumen von **2,5** Milliarden Euro wurde nicht zuletzt vom zur Lega gehörenden Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Michele Geraci, vorangetrieben.

Peking will unter anderem in die Häfen von Genua und Triest investieren. Das wirtschaftlich gebeutelte Italien erhofft sich im Gegenzug Aufträge für den Bau von Stahlfabriken und Gasnetzen in China. Bislang betragen die italienischen Exporte nach China nur **19** Milliarden Euro (2018), wobei Italien – wie fast alle europäischen Staaten – ein Handelsdefizit zu verzeichnen hat. Deutschlands Handelsvolumen beläuft sich auf fast **200** Milliarden Euro.

Bei seinem anschließenden Besuch in Paris schloss Xi **15** weitere Wirtschaftsverträge mit einem Volumen von insgesamt **40** Milliarden Euro ab, vor allem für die Lieferung von Airbus-Flugzeugen. Beim ge-



meinsamen Gipfel mit Xi signalisierten Emmanuel Macron, Angela Merkel und Jean-Claude Juncker Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit mit China und schlossen auch eine Teilnahme an der BRI nicht aus. Bedingungen seien jedoch gegenseitiger Marktzugang und dass China die Einheit der EU respektiere, so Macron.

Die 2013 von Xi initiierte BRI ist das bislang wichtigste geopolitische Projekt des 21. Jahrhunderts. Entlang der geplanten Route von China bis nach Afrika und Europa leben **4,4** Milliarden Menschen in **65** Ländern. Die EU-Mitglieder Griechenland, Polen und Ungarn hatten sich dieser neuen Seidenstraße bereits angeschlossen.

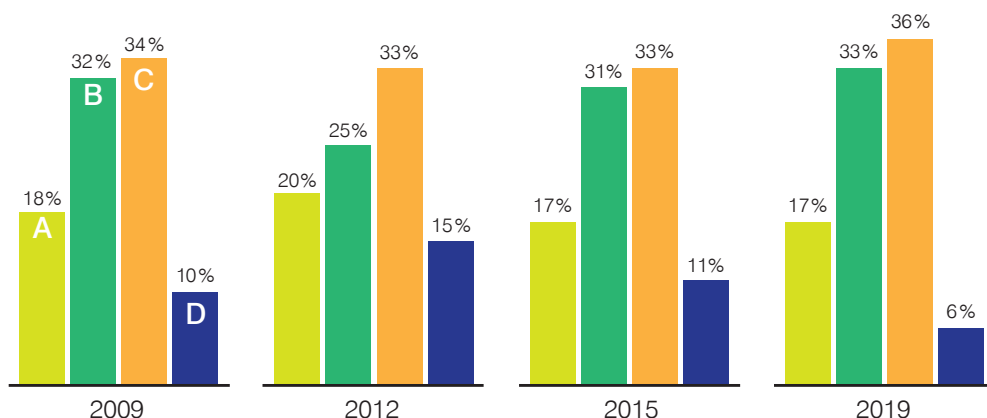
© Illustration: Roland Brückner

„Sollten einige Länder glauben, man kann mit den Chinesen clevere Geschäfte machen, werden sie sich wundern.“

BUNDESAUSSENMINISTER HEIKO MAAS

Die Europäische Union sollte ...

- A** sich zu einem Bundesstaat mit einer eigenen Regierung entwickeln
- B** so bleiben, wie sie zurzeit ist
- C** wieder eine reine Wirtschaftsgemeinschaft werden
- D** sich auflösen



Vor dem Hintergrund des Brexit und einem erstarkten Populismus in Europa spricht sich die Hälfte der Befragten für den Erhalt der EU in ihrer jetzigen Form (33 Prozent) beziehungsweise eine weitere Integration und Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene aus (17 Prozent). Während die Zahl der Unterstützer einer noch stärker integrierten EU gegenüber 2015 stagniert und im Vergleich zu früheren Jahren fällt, wächst die Zustimmung zum Status quo mit 33 Prozent (gegenüber 31 Prozent 2015 und 25 Prozent 2012).

Unter denjenigen, die eine noch engere EU befürworten, sind Anhänger der Grünen (29 Prozent), der FDP (25 Prozent), der SPD (21 Prozent) und von der Linken (20 Prozent) überdurchschnittlich stark vertreten. Dagegen sind nur 11 Prozent der CDU/CSU-Anhänger für eine föderale, bundesstaatlich verfasste EU. Die große Mehrheit der Unions-

(45 Prozent), aber auch der Grünen-Wähler (47 Prozent) wünscht sich dagegen den Erhalt des Status quo in Europa.

SPD-Wähler sind hingegen mehrheitlich für eine Rückbesinnung der EU auf eine Wirtschaftsgemeinschaft (37 Prozent) – eine Position, die auch unter Anhängern der FDP (44 Prozent), der Linken (32 Prozent) und der Alternative für Deutschland (64 Prozent) die meisten Befürworter findet. Dass sich die EU auflösen solle, findet in allen Wählergruppen die geringste Unterstützung; lediglich AfD-Wähler (15 Prozent) befürworten dies in nennenswerter Zahl. Durchschnittlich 6 Prozent Unterstützung für ein Ende der EU ist zudem der niedrigste seit Beginn der IP-Forsa-Umfrage ermittelte Wert.

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte. Erhebungszeitraum: 2. bis 3. April 2019. Quelle: Forsa